

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Derbretitete Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saffer (Karl Saffer) Nagold

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S
Reklame-Selle 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5115

Tagespiegel

Die 44. Tagung des Völkerrundrats im März wird nicht, wie angenommen worden war, in Berlin, sondern in Genf abgehalten. Es ist möglich, daß für die 45. Tagung im Juni Berlin gewählt wird.

Der Reichsfinanzminister erklärte sich damit einverstanden, daß die Beiträge, die nach den Abmahnungen der Reichsregierung zu Weihnachten an die Gehalts-, Lohn-, Pensions- und Rentempfänger gezahlt werden, soweit deren Einkommen die steuerfreie Grenze nicht erreicht, vom Steuerabzug befreit bleiben sollen.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten ist vom Landtag auf den 11. Januar anberaumt worden, nachdem drei Wahlgänge ergebnislos geblieben waren.

In Litauen wurde eine faschistische Militärregierung ausgerufen. Ein Aufruf befragt, das Heer sei zu dem Staatsfeind gezwungen gewesen, da die bisherige Regierung und das Parlament das Land an Rußland verraten wollten. Alle Minister sind verhaftet.

Politische Wochenschau.

„Wenn diese Formel durchgeht, reiche ich sofort meinen Rücktritt ein.“ Und sie ging doch durch. Briand parierte diesmal seinen Chef Poincaré nicht, oder besser: Poincaré ließ sich von Briand überzeugen. Gemeint ist die Investigationsformel, nämlich, daß gemäß Artikel 213 des Versailler Vertrags nur von Fall zu Fall eine Unteruchung der militärischen Verhältnisse Deutschlands, natürlich auch Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens, stattfinden soll, auch die der „entmilitarisierten“ Rheinzone — und zwar jedesmal nach einem ausdrücklichen Mehrheitsbeschluß des Völkerrundrats.

Das ist immerhin ein Erfolg, zu dem wir den Nobelpreisträger Dr. Stresemann beglückwünschen dürfen, ebenso wie die Zusage, daß am 31. Januar 1927 die berühmte „Interalliierte Militärkontrollkommission“ „bedingungslos“ Deutschland zu verlassen hat. Endlich, endlich! Gott sei Dank! Freilich von einer Räumung der Rheinlande war nicht die Rede. Wenn Dr. Stresemann dieses „Christkind“ dem deutschen Volk gebracht hätte, welchen Jubel hätte das gegeben! Welchen tiefen Sinn hätten dann die Weihnachtsplauder mit ihrer Botschaft vom „Frieden auf Erden“ bekommen! Und daß wir Deutsche nichts Ungehörliches uns gelassen hätten, das bezuzeugen uns die englischen Blätter. Schreiben doch u. a. die „Daily News“, es sei zu hoffen, daß die Abberufung der Besatzungstruppen von deutschem Boden nun so schnell als möglich folgen werde, da die fremde Besetzung deutschen Bodens mit Deutschlands Mitgliederschaft im Rat völlig unvereinbar und vom Standpunkt der französischen Sicherheit völlig unnötig sei.

Also etwas, wenn auch nicht allzu viel ist in Genf erreicht worden. Die „deutsche Frage“ ist wieder einen Schritt vorwärts getrieben worden. Nun wollen wir abwarten, was Deutschland dafür gegeben hat. Denn umsonst bekommen wir nichts, und wenn wir tausend recht- und verträglich angelegte Ansprüche hätten. Im übrigen hat die 43. Tagung des Völkerrundrats nichts besonders Großes geleistet. Im Gegenteil! Eine Sorge, die unsere Saarländischen Brüder schwer bedrückt, nämlich die rechtswidrige Anwesenheit der französischen Truppen, wurde nicht behoben. Man war sich nicht darüber einig, ob dieselben doch zum Schutz der Eisenbahnen auch fernerhin nötig seien? Lauter Ausreden! Und doch steht im Saarstatut absolut nichts davon, daß Frankreich Truppen im Saarland halten dürfe.

Nur einen wirklichen Erfolg können die Danziger buchen. Der Rat hat ihnen auf der 42. Tagung die Genehmigung einer 30-Millionen-Anleihe in Aussicht gestellt, für den Fall, daß verschiedene Sparmaßnahmen getroffen sein werden. Das ist denn auch die neue Rechtsregierung. Sie ließ sich vom Volkstag ein Ermächtigungsgesetz geben, wonach die Einnahmen (z. B. durch das Tabakmonopol) erhöht und die Ausgaben (z. B. für die Beamten) vermindert wurden. Die hohe Rat in Genf nahm hiervon mit Befriedigung Kenntnis. Und so kann Senatspräsident Dr. Sahm seinen Landsleuten ein schönes Reiterpräsen von Genf mitbringen.

Aus Italien kommen für uns Deutsche frohe Botschaften. Ein deutsch-italienischer Schiedsvertrag ist abgeschlossen und am deutsch-italienischen Handelsvertrag sind erfreuliche Verbesserungen getroffen worden. Gleichzeitig wird gemeldet, daß der größte Teil des deutschen Sprachgebiets in einer besonderen „Provinz Bozen“ zusammengefaßt und aus der Zuständigkeit von Trient herausgenommen werden soll. Das würde für unsere Landsleute in Südtirol eine wesentliche Erleichterung ihrer fast unträglichen Verhältnisse bedeuten.

Andererseits hat Italien neuen Boden auf dem Balkan gewonnen. Wir meinen keine Eroberungen. Aber durch den neuerlich geschlossenen italienisch-albanischen Freundschaftsvertrag hat Mussolini sich einen bestimmenden Einfluß auf Balona, wie überhaupt auf die ganze Ostküste der Straße von Driant gesichert und damit sich ein Sprungbrett geschaffen, von wo aus er tiefer in den Balkan eindringen kann. Der Schrecken über diese Wendung ist dem serbischen Außenminister Rintschitsch

Die Reichsregierung gestürzt

Berlin, 17. Dez. Der Reichstag hat den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen. Damit ist die Regierung gestürzt.

Vor der Abstimmung erklärte Graf Westarp (DN.), daß die Deutschnationalen dem Mißtrauensvotum zustimmen werden.

Mary und Westarp beim Reichspräsidenten

Berlin, 17. Dez. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den Reichskanzler und darauf den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Grafen Westarp. Es soll sich um die Stellungnahme der Deutschnationalen zu den Mißtrauensanträgen gehandelt haben. Dr. Mary soll immer noch gegen eine Koalitionserweiterung nach rechts sein. In parlamentarischen Kreisen verlautet nach W.T.B. gerücheweise, die Deutschnationalen würden sich unter Umständen mit der Versicherung zufriedengeben, daß die Große Koalition mit der Sozialdemokratie abgetan sei. — Die Nachricht ist mit Vorbehalt aufzunehmen.

Zum Koalitionshandel

Berlin, 17. Dez. Zu den Verhandlungen über die Koalition wird noch gemeldet, daß Reichskanzler Dr. Mary persönlich und die demokratische Fraktion trotz der Kampfanfrage der sozialdemokratischen Fraktion weiter eine Verständigung mit der Sozialdemokratie herbeiführen wollten. Im Reichstabinett wurde aber erklärt, der sozialdemokratische Beschluß sei eine Herausforderung, die die Regierung unter keinen Umständen annehmen dürfe. Auch die übrigen Regierungsparteien waren einig, daß die Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten nicht fortgesetzt werden dürfen, während die Demokraten bereit waren, den Reichswehrminister Dr. Gessler und den Reichsinnenminister Dr. Kütz fallen zu lassen und auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln.

lo in die Knochen gefahren, daß der Mann mit samt seinen Kollegen aus dem Kabinett ausgetreten ist. Natürlich wird jetzt Jugoslawien Ansetz in Frankreich suchen, um sich auf diese Weise ein Gegengewicht gegen das gefährliche Italien zu schaffen.

Belgrad hat gleichzeitig einen anderen Verlust erlitten. Der 80jährige Pasitsch, der in zwanzig Jahren mindestens zehnmal Ministerpräsident war, ist gestorben und dies just in dem Augenblick, wo er zum erstenmal die Zügel der Regierung wieder ergreifen wollte. Serbien verdankt diesem Mann viel. Pasitsch war es, der die jetzige Dynastie in den Sattel hob, er war es, der die Zündschnur für den Weltbrand legte, er war es, der sein Volk, als alles, auch der letzte Quadratfuß Landes verloren war, in heldenmütigem Widerstand gegen die deutschen Sieger zusammenhielt, er war es, der das jehige, dreimal ärthere Jugoslawien aus dem kleinen Serbien schuf. Kein Wunder, daß dieser „serbische Bismarck“ mit mehr als königlichen Ehren zur letzten Ruhe befristet wurde.

Was führt England im Schilde? Großes Aufsehen erregte ein Sonntagsgespräch des „Observer“, der den schon früher einmal durch Churchill vertretenen Plan eines Dreibunds England — Deutschland — Frankreich erneuerte und an Italien die Aufforderung richtete, dieser Entente beizutreten. Man hat das Gefühl, daß es sich hier nicht etwa nur um eine Privatmeinung handelt, sondern daß hinter dieser Aeußerung mehr oder weniger die Regierung selbst steckt. Dabei werden Deutschland zwei Vorteile in Aussicht gestellt: die Räumung der Rheinlande und die Beteiligung an Kolonialmandaten.

England will uns wohl auf diesem Weg von dem verhassten und gefährlichen Rußland wegziehen. Dieses selbst schafft unheimlich in China. In Hankau, dem neuen Nervenzentrum der Kartontregung, die bereits Süd- und Mittelchina, also etwa 70 Millionen Menschen umfaßt, gab es eine gewaltige Sympathieerregung für den russischen Sowjetvertreter Borodin. Das läßt tief blicken. Der internationale Bolschewismus versteht es vortrefflich, den Nationalismus der „unterdrückten“ Völker gegen ihre europäischen „Herren“ aufzupeitschen. Und dennoch darf man nicht glauben, daß der Chinese für den Kommunismus brauchbar ist. Die ganze wirtschaftliche Struktur dieses Riesenteichs, in welchem kaum eine halbe Million Industriearbeiter leben, hat keinen Raum für Klassenkampf und Entzweiung.

In den Vereinigten Staaten ist man Deutschland einen Schritt näher gekommen. Coolidge hat aus Anlaß der Vorlage des neuen Haushaltsplans die übliche Botschaft an den Kongreß erlassen. In diesem hochamtlichen Schriftstück steht der bedeutungsvolle Satz: „Die moralische Verpflichtung zur Rückgabe des Eigentums besteht in allen Fällen.“ Diesen Worten ist die Tat gefolgt. Anfangs laufender Woche ist nach einstimmiger Annahme durch den Finanzausschuß eine Gesetzesvorlage über die Freigabe des deutschen Eigentums im Repräsentantenhaus eingebracht worden. Hiernach sollen die deutschen Eigentümer 80 v. H. des in staatlichem Gewahrsam befindlichen deutschen Eigentums, das mit rund 250 Millionen Dollar angegeben wird, zurückhalten. Des weiteren sollen die Reedereien, Radiostationen

Stimmen der Presse

Berlin, 17. Dez. In den heutigen Blättern wird der Vorstoß Scheidemanns im Reichstag gegen die Reichswehr fast allgemein verurteilt und als eine untydige Verächtlichung dem Ausland gegenüber, sowie parlamentarisch als eine ungewöhnlich taktische Ungeschicklichkeit bezeichnet. Von der Bildung der Großen Koalition könne daraufhin keine Rede mehr sein; auch die „Germania“ (Z.), die bisher entschieden für die Große Koalition eintrat, erklärt, unter diesen Umständen sei die Koalition für das Zentrum unmöglich geworden.

Bayerische Forderungen an das Reich

München, 17. Dez. Halbämtlich wird erneut darauf hingewiesen, daß Bayern bisher für die Abtretung von Post und Eisenbahn keine Zahlung erhalten habe. Der Wert der bayerischen Post, für den das Reich durch Vertrag entschädigungspflichtig sei, müsse, gering gerechnet, auf 300 Millionen veranschlagt werden. Das mache an Zinsen zu 4 v. H. 12 Millionen Mark im Jahr. Aber es sei nie auch nur ein Pfennig gezahlt worden. Auch die Eisenbahn hätte nicht entschädigungslos abgegeben werden sollen. Der vom Reich übernommenen Schuldentlast der bayerischen Eisenbahnen habe ein Bestandswert von 230 Millionen Mark gegenübergestanden, und Bayern müßte von Rechts wegen noch mindestens 400 Millionen Mark herausbekommen. Das wäre natürlich erschwert durch die Bildung einer Aktiengesellschaft, bei der das Ausland sehr viel zu sagen habe.

Weihnachtsbeihilfe auch für die Kriegshinterbliebenen

Berlin, 17. Dez. Wie der Reichsverband für die Kriegshinterbliebenen mitteilt, ist durch die Reichstags- und die Reichsratsbeschlüsse über die einmalige Zuwendung an die Beamten auch bestimmt worden, daß die Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen ebenfalls eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe eines Viertels ihrer Renten und Zusatzrenten erhalten. Von dieser Regelung werden ferner auch die Militärenter und Altveteranen betroffen.

und Inhaber von Patenten, die durch die amerikanische Regierung in Gebrauch genommen sind, Entschädigungen bis zur Höchstgrenze von 100 Millionen Dollar erhalten. Damit wird ein Stück schweren Unrechts, das man uns angetan hatte, wieder gutgemacht.

Wir können das alles recht gut brauchen. Wohl hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold aus Anlaß der Beratung des Nachtragshaushalts für 1926 festgestellt, daß es trotz der schweren Wirtschaftskrise gelungen sei, unsern Staatshaushalt auszugleichen und daß er voraussichtlich die in Aussicht genommene Anleihe im Gesamtbetrag von rund 1 Milliarde nicht in Anspruch nehmen werde. Aber er hat auf der andern Seite den ganzen Ernst unsere Reichsfinanzen nachdrücklich hervorgehoben. In den nächsten Rechnungsjahren würde die Lage außerordentlich gespannt sein, um so mehr, als wir schon im laufenden dritten Damesjahr täglich nicht weniger als vier Millionen M. Tribut an den Feindbund leisten müssen, eine Last, unter der wir über kurz zusammenbrechen könnten. Sie muß unter allen Umständen erleichtert oder uns ganz abgenommen werden.

Im übrigen kriecht es wieder einmal in Berlin. Raum ist Seekt geopfert worden, so verlangt der kalende See ein weiteres Opfer: es ist der Reichswehrminister Dr. Gessler. Sozialdemokratie und Demokratie wollen weitere Garantien für die „Republikanisierung“ der Reichswehr: sie soll „entpolitisiert“ werden. Und nun hat letzter Tage die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Beschluß gefaßt: sie sei zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit. Hiezu aber sei der Rücktritt der Regierung erforderlich. Der Reichskanzler kam

das Reichskabinett hatte zuerst die Forderung abgelehnt, doch ohne lange sich ihres Widerstandes freuen zu können; denn gestern abend kam auf das sozialdemokratische Mißtrauensvotum die Regierung erdgältig zu Fall. Wer steigt nun zu den lichten Höhen oder aber auch aus irgend einer Verlenkung?

Deutscher Reichstag

Unerhörte Angriffe Scheidemanns gegen die Reichswehr
Berlin, 17. Dezember.

Schluss des Berichts der gestrigen Sitzung. Nachdem der Reichskanzler die Regierungserklärung verlesen hatte, erhob das Wort

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Reichswehr bilde einen Staat im Staat. Auch das Ausland sei davon unterrichtet. Im Reichswehrministerium bestehe eine sogenannte „Sondergruppe S. G.“, die bei dem Abschluss von Verträgen zwischen den Junkersflugzeugwerken und Moskau mitgewirkt habe. Seit 1923 seien für die Gruppe etwa 70 Millionen Mark jährlich bezahlt worden. Es müsse eine unmittelbare Verbindung des Reichswehrministeriums mit Rußland bestehen, um eine Rüstungsindustrie im Ausland zu schaffen. An den Verträgen mit Rußland sei der General Haffe beteiligt, der mit falschem Namen unterzeichnet habe. (Große Unruhe rechts. Ausrufe: Unerbitt! Umw!

Kaus! Abg. Graf Westarp: „Das ist Landesverrat! Unter großer Erregung verlassen die Deutschnationalen und Böttlichen den Saal.“

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Ehemalige Offiziere seien als Reichsoffiziere auf Privatdienstvertrag eingestellt worden. Angestellt wurden nur ganz rechts gerichtete Offiziere. In Schleswig-Holstein seien der „Organisation Konjunkt“ zwölf Maschinengewehre von der Marine zur Verfügung gestellt worden. Die Marine sei seinerzeit bereit gewesen, ihre Mannschaften der „Organisation C.“ zu unterstellen. Nach Niederschlagung des Hitlerputsches habe sich die Witte gegen General v. Seeckt gerichtet, den man mit Gasbomben erlegen wollte. Der für die Tat ausserlehene Günther werde heute noch von der Marinestation Kiel bezahlt. Das Kleinkaliberbüchsenwesen sei vielfach außerordentlich weit entwickelt. Seit Frühjahr 1926 schickte man Reichswehrunteroffiziere zur Ausbildung in die Vaterländischen Verbände. In bewegten Zeiten werde eine bewaffnete Macht, die der Republik feindlich gegenüberstehe, zu einer ungeheuren Gefahr. Daher fordere die Sozialdemokratie eine Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern. Die deutsche Reichswehr dürfe der Sowjetmacht nicht als Waffe für die Weltrevolution dienen. Die Sozialdemokraten wollten Moskaus Freunde sein, aber nicht Moskaus Narren. Deshalb keine Sowjetmunition mehr für deutsche Geschütze! Dr. Gehler habe sieben Jahre an der Spitze der Reichswehr gestanden. Das Ergebnis seien die heutigen Zustände. Deshalb verweigere die Sozialdemokratie besonders Dr. Gehler das Vertrauen. Wenn in der Koalition alles zerfallen sei, so sei es geschehen durch die Schuld des deutschnationalen gesinnten Dr. Scholz. Die Sozialdemokratie werde einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Reichsregierung einbringen.

Erklärung der Reichsregierung

Reichsminister Dr. Marx verliest darauf folgende Erklärung:

Den Angehörigen der Reichswehr soll die Zugehörigkeit zu den sogenannten Wehrverbänden streng verboten werden. Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab. Zu den einzelnen Besonderepunkten Scheidemanns habe ich folgende Ausführungen zu machen:

- 1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und durch scharfe Befehle das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen sogenannte Wehrverbände in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen werden strengstens durchgeführt.
2. Die Frage von Geldpenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme von privaten Geldpenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf.
3. Eine Nachweisung der auf privaten Vertrag beim Reichsheer angefertigten Personen kann dem Reichstag auf Wunsch bis zum Ende des Monats vorzulegen werden.
4. Die Bestimmungen für das Erziehungswesen im Heer sind auf Grund des im Wehrgesetz verliehenen Verordnungsrechts vom Herrn Reichspräsidenten im Jahr 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, dem Herrn Reichspräsidenten Änderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen.

Wenn ich zum Schluss zur Rede des Abgeordneten Scheidemann komme, so kann ich über diese Rede nur mein heißes Bedauern zum Ausdruck bringen. Bedenfalls wegen die Vorgänge so weit zurück, und haben sich unter so andersgearteten Verhältnissen zugetragen, daß ich namentlich ihre Vorbringen heute in keiner Weise für wichtig erachten kann. Ich muß im übrigen mein stärkstes Bestreben darüber zum Ausdruck bringen, daß eine große Zahl von Einzelheiten hier vorgetragen worden sind, die erst vor kurzem der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht worden sind. Es ist die Prüfung alles vorgetragenen und Mitteilungen des Ergebnisses zugelegt worden. Ich muß es dem Geschiede des einzelnen überlassen, das Vorbringen dieser Sachen an dieser Stelle zu bewerten, ehe die Prüfung stattgefunden hat. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.) Die eingeleitete Untersuchung hat übrigens bereits jetzt die Anrichtigkeit einer ganzen Anzahl der mitgeteilten Vorgänge ergeben. Diese einseitige Darstellung, wie sie der Redner beliebt hat, wirft auf die Zustände in unserer Reichswehr ein durchaus falsches Licht. Gerade gegenüber dieser Sachlage, und da in den letzten Wochen und Monaten, ja überhaupt unsere Wehrmacht zahlreichen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, und da in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden sind, die an ihrer Zuverlässigkeit zweifeln, halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht zu erklären: die Reichsregierung hegt einen solchen Zweifel nicht. Sie ist sicher, daß die Wehrmacht in jeder Lage ein sicheres Instrument des Staats ist. Dies hier auszusprechen und der Reichswehr für die stille und selbstlose Arbeit im Dienst des

W o l l e n Sie immer auf dem Laufenden sein in Politik Wirtschaft Handel und Wandel dann vergessen Sie nicht, noch heute den „Gesellschafter“ zu bestellen.

Vaterlands zu danken, ist mir in dieser Stunde Pflicht und Bedürfnis. (Lebhafte Beifall in der Mitte und rechts. Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

v. Guérard (Z.) beantragt nunmehr, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. Die Pause wird beschlossen.

Die neue Sitzung

Zu Beginn der neuen Sitzung sagt Abg. Stöcker (Komm.), daß Scheidemann wohl Material über Beziehungen zwischen Rußland und der Reichswehr angekündigt, aber keines beigebracht habe.

Abg. v. d. Schulenburg (Dn.) gibt dann eine längere Erklärung ab, in der der Enttäuschung über die Ausführungen Scheidemanns Ausdruck gegeben und gesagt wird, wenn diese wahr wären, würden sie den Tatbestand des Landesverrats erfüllen. Bedauerlich sei, daß die Reichswehr neuerdings zur Zielscheibe verleumderischer Angriffe gemacht werde und daß man verjuche, unter dem Vorwand der Entpolitisierung aus ihr ein Werkzeug einseitiger parteipolitischer Bestrebungen zu machen. Die Reichswehr dürfe aber vom Reichstag und der Reichsregierung erwarten, daß sie sie gegen solche Zerkhungen in Schutz nähmen.

Abg. Dr. Wirth (Z.) erklärt, man habe angesichts der außenpolitischen Entwicklung eine ernste, würdige Debatte erwartet. Darin sei man bitter enttäuscht worden. Im Laufe der letzten Jahre sei er sich bewußt gewesen, daß man mit Pazifismus keine vaterländische Politik machen könne. Durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sei eine neue Lage geschaffen. Es sei aber heute noch lange nicht alles ausgeräumt, was vor drei Jahren unsere Besorgnis erregte. Er könne sich ein selbständiges Deutschland nicht ohne Sicherung seiner Ostgrenzen denken. Ein Volk freilich, das seine Geschichte nicht ehrt, ist nicht wert, wieder einmal Geschichte machen zu können. Dr. Wirth verteidigte dann die Politik gegen Rußland. Ohne Einbeziehung der russischen Bodenschätze könne die Weltwirtschaft nie mehr gelunden. Der heutige Tag mit dieser sozialistischen Rede sei ein schwarzer Tag in der Geschichte des deutschen Volks. Der Deutschen Volkspartei rufte der Redner zu, sich nicht von Gruppen beeinflussen zu lassen, die den Bürgerblock propagieren. Dann sei Deutschland verloren, wenn die deutschen proletarischen Massen wieder von der Mitarbeit am Staatsleben ausgeschaltet werden.

Abg. Koenen (Komm.): Stresemann habe die Verpflichtung, nachzuweisen, welche Hoffnungen der Eintritt in den Völkerbund bisher erfüllt habe. Die Sozialdemokraten haben dem „Manchester Guardian“ sein Schwindelmaterial geliefert.

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.): Im gegenwärtigen Stand der Debatte habe er dem nichts hinzuzufügen. Der Redner mißbilligt lebhaft die Art des Sprechers der Sozialdemokraten, der einzelne Fälle verallgemeinert habe, die sich auf einen Zeitraum von mehreren Jahren beziehen und zum großen Teil in einer Vergangenheit liegen, in der der Bestand des Staats gefährdet war. Die Rede Scheidemanns ist geeignet, im In- und Ausland ein vollkommen falsches Bild von der Einstellung der deutschen Reichswehr zu geben, an deren Verfassungstreue ein Zweifel nicht gestattet ist.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftl. Vereinig.) bedauert das Aussehen, das die Ausführungen Scheidemanns im Ausland unberechtigter Weise erregen werden. Seine Fraktion könne sich namentlich mit Rücksicht auf die auswärtige Politik nicht entschließen, für den Misstrauensantrag zu stimmen.

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.): Die Politik der Sozialdemokratie sei völlig unverständlich. Sie wollen in die Große Koalition und schiden der Regierung die seidene

Schnur mit der freundlichen Mahnung: Hänge dich auf! Zugleich fügen sie die Drohung hinzu: Hängst du dich nicht selbst auf, so hängen wir dich auf. So kann man keine Politik machen. Die Bayerische Volkspartei stelle sich durchaus hinter die Erklärungen der Reichsregierung. Man solle doch nicht immer bloß von Rechtsverbänden sprechen, sondern auch vom Reichsbanner Schwarzrotgold, das eine ausgesprochen sozialdemokratische Gründung ist und das weniger den „Schutz der Republik“, sondern die Errichtung der sozialistischen Republik anstrebt. Wir wollen keine österreichischen Zustände. (Lebhafte Beifall.)

Auch von Kamin (Völk.) erklärt, daß seine Fraktion auf dem Standpunkt stehe, daß in erster Linie das Bekenntnis zu Volk und Vaterland komme und nicht zu der Staatsform. Scheidemann habe Volk und Vaterland in schwerster Weise geschädigt. Es sei merkwürdig, daß gerade die Republikaner dem republikanischen Reichswehrminister einen Knüttel nach dem andern zwischen die Beine werfen. Der Redner schließt mit den Worten: Jede Gemeinschaft mit Scheidemann sei Landesverrat. (Ordnungsruf.) Darauf werden die Beratungen abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr.

Württemberg

Stuttgart, 17. Dezember

Rückkehr einer deutschen Forschungsgeellschaft. Unter Führung der Herren Professoren Dr. Hans Krieger, Lindner und Kiefer war vor längerer Zeit eine deutsche Forschungsgeellschaft nach dem Gran Chaco aufgebrochen. Die Geellschaft hat ihre wissenschaftlichen Ziele erreicht und ist mit reicher Ausbeute nach Buenos Aires zurückgekehrt, von wo sie am 18. Dezember die Rückreise nach Hamburg antreten wird. — Der Chaco ist ein weites, noch wenig bekanntes Gebiet von über einer Million Gevierkilometer, das teils zu Argentinien, teils zu Bolivien in Südamerika gehört. Das Land ist eine große Ebene, die im nördlichen Teil gut bewaldet, im größeren südlichen dagegen von sandigem und lumpigem Charakter ist. Sie ist bisher, von wenigen Ansiedlungen an der Grenze abgesehen, nur von nomadisch wandernden Indianerstämmen durchzogen worden, die in völliger Unabhängigkeit leben.

Aus dem Lande

Schramberg, 17. Dez. Gasvergiftung. Gestern erlitt ein in einem hiesigen Großbetrieb beschäftigter Arbeiter eine schwere Gasvergiftung, so daß er bewußtlos in das Krankenhaus verbracht werden mußte.

Unterdecklingen Dn. Biberach, 17. Dez. Wie gewonnen, so zerronnen. Einem beim Kanalbau angestellten Mann fiel jüngst ein Lotteriegewinn von 600 Mark in den Schoß. Des vielen Gelds ungewohnt, verjubelte er schon am ersten Tag 100 Mark und mit einer Gruppe Kameraden wurde in einer Wirtschaft in Kellmünz der Rest verzehrt.

Aus Stadt und Land

Magold, 18. Dezember 1926

Einem schlächten Herzen, das die Sorge um den Bissen erfüllt, Sehnacht geben, ist mehr denn alle Weisheit der Welt. Kolbenheger.

Dienstnachrichten

Bei der in diesem Herbst abgehaltenen zweiten Dienstprüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen wurde dipl. Ing. Göbel Johannes von Weiningen, zurzeit Magold, für befähigt erklärt.

Zugverbindung Magold-Altensteig

Von heute Samstag, 18. Dez. 1926 an, verkehren auf der Strecke Magold-Altensteig Personenzug 13 Magold ab 5.54 nachm., Altensteig an 6.44 nachm. und Personenzug 16 Altensteig ab 7.10 nachm., Magold an 8.04 nur noch Werktags ausgenommen an Tagen vor Sonn- und Festtagen. An deren Stelle verkehren je Werktags vor Sonn- und Festtagen, sowie an Sonn- und Festtagen mit 3. und 4. Klasse: Personenzug 17 Magold ab 5.05 nachm., Magold Stadt 5.14, Rohrdorf 5.29, Ebhausen 5.37, Bernsdorf 5.49, Altensteig an 5.55 nachm. und Personenzug 18 Altensteig ab 6.20 nachm., Bernsdorf 6.28, Ebhausen 6.42, Rohrdorf 6.50, Magold Stadt 7.06, Magold an 7.14 nachmittags.

Feuer am Nordpol.

Kulturroman von Karl-August von Laffert. (Nachdruck verboten.)

Oberrhalb des Schattisches erschien ein hellbeleuchteter Papierstreifen, der aus einem Fernschreiber hervorkam. Der zweite Offizier machte Kersten aufmerksam. Dieser las die Worte:

„Stand 4 meldet etwa dreißig feindliche Flieger außerhalb des Verteidigungsringes. Seit Beginn des Feuers gelang es keinem französischen Flugzeuge, die Sperrzone zu durchfliegen.“

Kersten schrie dem zweiten Offizier zu: „Befehl für Kampfflieger, den außen befindlichen Feind zu vernichten.“

Dieser gab den Befehl durch Drücken der Tasten des Fernschreibers an die Zentrale, da der nervenzerrückende Lärm sich noch gesteigert hatte.

Der erste Offizier, der durch eingebaute Beobrohren den Horizont gemustert hatte, ging zu Kersten heran und rief ihm zu:

„Sperrefeuer wirkt vorzüglich. Jeder Versuch einzelner Alcaer, die Feuerzone zu durchbrechen, führt zum Scheitern. Wir müssen jetzt Schluss machen. In fünf Minuten ist die Munition verloschen.“

„Was macht der Gegner?“

„Er irrt in dichten Haufen im inneren Ring umher. Alle bleiben weit vom Sperrefeuer entfernt.“

Kersten drückte auf einen Schalter, worauf sofort Totenstille eintrat.

„Melden Sie, sobald ein Flugzeug sich der Sperrzone nähert“, sagte er dem ersten Offizier. Dann rief er der Zentrale zu: „Aufen Sie Gegner durch Funkpruch an: Wir bieten Kapitulation, sonst volle Vernichtung.“

„Feind versucht Durchbruch in großer Höhe!“, rief der erste Offizier.

Kersten drückte aufs neue den Feuerhebel und wieder begann das entsetzliche Getöse.

„Ein Gegner nach außen entronnen, zehn stürzen ab, der Rest sammelt sich wieder in der Mitte“, meldete der erste Offizier.

Eine neue Feuerpause trat ein. Diesmal versuchten die eingeschüchterten Franzosen keinen Durchbruch. Mit etwa 4000 Meter Höhe war ihre äußerste Steigefähigkeit erreicht, aber auch dort blieben sie von den Explosivgeschossen der Maschinengewehre nicht verschont.

Die Zentrale meldete: „Verständigung mit dem Gegner wurde aufgenommen. Er verweigert die Kapitulation und verlangt freien Abzug. Kampfflieger melden die Vernichtung der außerhalb befindlichen feindlichen Flugzeuge.“

„Dann also auf zum letzten Streit!“, sagte Kersten hart. Er und der erste Offizier rückten die Hebel des Schattisches, die den Batterien entsprachen, ein Ende nach der Mitte zusammen.

„Jetzt ist der Umfang des Ringes nur noch zwei Kilometer groß“, sagte Kersten.

Abermals setzte das schreckliche Bräseln und Knattern ein. Langsam wurden die Hebel immer weiter der Mitte zugerückt und immer enger schnürte sich die verderbliche Feuerzone.

Schon nach einer Minute meldete der zweite Offizier: „Eine Menge der Gegner stürzt ab. Der Rest drängt sich eng in der Mitte zusammen.“

Kersten unterbrach das Feuer, richtete aber zur Sicherheit die Batteriehebel wieder auf die ursprüngliche Lage, so daß der große Ring aufs neue hergestell war.

Die Zentrale meldete nach kurzer Zeit: „Feind nimmt bedingungslose Unterwerfung an.“

„Alle feindlichen Flugzeuge sollen sofort landen!“, befahl Kersten. Und zwar in einem Umkreis, der nicht weiter als 500 Meter von der zerstörten Flugzeughalle entfernt ist. — Befehl für die Kampfflieger: Sobald der Gegner gelandet ist, oberhalb desselben kreuzen, um jeden Flugversuch zu unterbinden. — Befehl an die erste Kompanie: Entwaffnung und Gefangennahme der Feinde.

— Befehl an die zweite und dritte Kompanie: Abhaken des Kampffeldes nach Verwundeten. — Befehl an die

vierte Kompanie: Aufräumarbeiten. — Mitteilung an alle Kommandostellen: Der Feind hat kapituliert.“

Sechstes Kapitel.

Telegramm des französischen Botschafters in London an den Minister des Äußern in Paris (chiffriert).

Die englische Regierung säßt mir durch Lord Bratford ihr aufrichtiges Bedauern über den unehörtlichen Überfall auf unsere Luftflotte in Nova Thule auszusprechen. Gerade in der jetzigen Situation halte England es für seine Pflicht, dem alten Kampfgewissen ruhmvoller Siege die unverbrüchliche Treue zu bewahren. Desgleichen sprach Lord Bratford sein Bedauern und seine Mißbilligung darüber aus, daß ein unverantwortlicher Teil der englischen Presse in wenig freundlicher Weise die Vorfälle in Nova Thule bespreche. Um allen Gerüchten über eine bevorstehende oder bereits erfolgte Spannung zwischen England und Frankreich entgegenzutreten, bittet die Regierung Englands um die Erlaubnis, mit zwei Linien-Schiffen und einem Flottengeschwader der ruhmvollen französischen Flotte in Brest einen Besuch abzustatten zu dürfen. Sie erhofft von der Wiederaufnahme der unvergeßlichen Kriegserinnerungen eine weitere Festigung der gegenseitigen engen Bande beider Flotten und glaubt auf diese Weise am besten allen übelwollenden Pressestimmen zu begegnen. Dieses ist der Inhalt von Lord Bratfords Mitteilungen.

Nach persönlich neige dazu, den englischen Besuch zu begrüßen, da er unsere Machtstellung moralisch sehr stärken wird. Im Grunde ist natürlich das englische Bedauern über unseren Unfall in Nova Thule voll versteckter Schadenfreude. Immerhin scheint es im Interesse der englischen Politik zu liegen, die Fäden zu Frankreich nicht abreißen zu lassen.

Für den englischen Flottenbesuch in Brest wurde der 22. Mai in Aussicht genommen. Ich rate dazu, unsere gesamte Flotte, soweit sie verfügbar ist, dorthin zu beordern.

Der Botschafter Frankreichs.

(Fortsetzung folgt.)

Der Landtag und dritter Lesung Personalabbaue Anträgen des Weiterhin in zw des Gebäudebrannungsversicherung geleh. Hierauf stimmung über die bouförderung na Aufstellung eines stellung von m fänden der M sehen ist, wurde tungen a b g e l t e n g l e r (Rir daß die Gebäu weiteren Erbau Wohnungsbau gleich vom Re wird.

Der Landtag mittag zunächst Finanzausschusses maßnahmen und den angenommen Besterholung Kinder. Fünf to abgelehnt. Sodann geht geleh über.

führt in fünfziger Die Angriffe losen Verbehung durchaus unbere haben den itrege produktiven Era Industrie und Landwirtschaft u und Handwerf l in einer Lage b zusammenzuarbe gegen den Vorw und der „rein a Vorwurfs sigen Mauthabe lichteit sei die als die Landwi auf Kosten der Regierung lade Wenn man das das krankende n nicht befreiten. Land. (Zuruf de Protestverlam Regierung habe sich der Stim selbst Die Zus Presse in eine verantworten, s zu lassen. Die

Samstag abd. 6 U

Sonntag 1/2 U

7 U

Rohrdorf 7 U

8 U

40 I

Heute sind Ludwig Lenz

Er wurde am 23

Murchardt gebor

in Sulzbach a. M

durch seine Arbei

Lebensschule, die

zu seinem heutig

Anerkennung auf

Jahren als Assi

erfab er Gehir

Berwaltungskatr

trankentasse. Gü

im Nebenamt der

Aufsichtsrats-ber

bank. Doch nicht

vorzugte Stellung

geehrt; so war er

Vorstand des Lie

Borland des Be

ichen Herrn Sta

und alter Kraft

der hiesigen Sta

„Das Land

Biberblattes. D

viele Flecken Er

für den einen i

Rhein, für einen

einen andern die

wahrscheinlich für

stand, auch wenn

Plätzen, aber

den Bildern oom

bringt wiederum

die Skizzen, sow

daß sie mit bes

eigene Leben ge

auf der letzten S

von uns gerne m

ort gehen dürfte.

Wohltätige

Wir machen

tätigkeitsveranst

ichon um 1/2 7 U

Abstimmungen

Stuttgart, 17. Dezember

Der Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. Aenderung der Personalabbauregung und des Beamtenrechts nach den Anträgen des Finanzausschusses an. Angenommen wurde weiterhin in zweiter und dritter Lesung eine Aenderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes (Aufhebung der Feuerungsversicherung) und ein Aenderungsgesetz zum Kirchensteuergesetz. Hierauf holte man die gestern zurückgestellte Abstimmung über die Anträge betr. die staatliche Wohnungsbauförderung nach. Der Antrag Hermann (Soz.) betr. Aufstellung eines Bauprogramms für 1927, in dem die Erstellung von mindestens 8000 neuen, neben den aus Rückständen der Vorjahre stammenden Kleinwohnungen vorgezogen ist, wurde mit 47 gegen 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Gengler (Ffr.), bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Gebäudeentlastungssteuer für die Dauer ihrer weiteren Erhebung in vollem Umfang der Förderung des Wohnungsbaues zugeführt und den Ländern im Finanzausgleich vom Reich Ersatz des Einnahmeausfalls gegeben wird.

Das Gewerbesteuergesetz

Der Landtag holte in seiner Sitzung am Freitag vormittag zunächst die Abstimmungen über die Anträge des Finanzausschusses betr. Erwerbslosenfürsorge, Notstandsmaßnahmen und Verkehrsfragen nach. Diese Anträge wurden angenommen, ebenso der Antrag Eberhard (Dem.) betr. Fortbildung der an Ostern aus der Schule tretenden Kinder. Fünf komm. und zwei sozialdem. Anträge wurden abgelehnt.

Sodann geht das Haus zur 3. Lesung des Gewerbesteuergesetzes über.

Staatspräsident Bazille

führt in fünfviertelstündiger Rede aus: Die Angriffe gegen die Regierung, die unter einer maßlosen Verheerung der Erwerbsstände betrieben wurden, seien durchaus unberechtigt. Die Abstimmung in der 2. Lesung habe den irregulären Wirtschaftskreisen gezeigt, daß die produktiven Erwerbsstände aufeinander angewiesen sind. Industrie und Handel wären vollständig verloren, wenn Landwirtschaft und Arbeiter gegen sie ständen. Industrie und Handwerk hätten ein Interesse daran, daß der Bauer in einer Lage bleibt, die ihn nicht zwingt, mit der Linken zusammenzuarbeiten. Weiter wandte sich der Staatspräsident gegen den Vorwurf der „Städte- und Industrieindifferenz“ und der „rein agrarischen Einstellung“. Die Urheber dieses Vorwurfs seien in der Demokratie. Ramentlich der Abg. Rauthe habe solche Behauptungen verbreitet. In Wirklichkeit sei die Industrie heute durch Zölle besser geschützt als die Landwirtschaft. Bisher seien alle Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen worden. Die Regierung habe einen Ausgleich zwischen Stadt und Land. Wenn man das einfache Leben auf dem Land sehe und dann das brauende Leben in der Stadt, dann könne man doch nicht behaupten, daß die Städte steuerkräftiger sind als das Land. (Zuruf des Abg. Andre gegen die Linke: Ihr haltet Protokollanordnungen mit 500 Autos vor den Lokalen). Die Regierung habe drei Handelsverträge abgelehnt, bei zweien sich der Stimme enthalten, alle anderen angenommen. Aber selbst die Zustimmung würde von der demokratischen Presse für eine Abkehr umgewandelt. Es wäre das nicht zu verantworten. Hunderttausende von Winzern zugrunde gehen zu lassen. Die Landwirtschaft, besonders auch die Lehren-

industrie, sei wirksam unterstützt worden und die württ. Regierung besitze für diese Unterstützung sogar ein Dankschreiben des Reichsverbandes der Uhrenindustrie. (Die Rechte rief bei diesen Worten dem Abg. Rauthe zu: Ja, schämen Sie sich jetzt nicht?). „Agrarpolitik“ treibe die Regierung nur aus Gründen der Gerechtigkeit und aus der Erwägung heraus, daß jedes Volk zugrunde gehe, das seine Landwirtschaft zerfalle. Wer fordere denn das 8. Schuljahr, eine kostspielige Lehrerausbildung? Dieselben Kreise, die sich dann gegen die Steuern wehren. Die öffentlich-rechtlichen Verbände (Handelstammern usw.) dürften bei den Protektionsversammlungen ihre Stellung nicht dazu benützen, um die Minister anzugreifen. Man bekommt den Eindruck, daß sie im Dienst einer Partei stehen. Daß man den Staatspräsidenten und Wirtschaftsminister zum Industrie- und Handelsrat eingeladen habe, um ihm beleidigende Vorwürfe zu machen, sei eine beabsichtigte große Herausforderung gemeint. Nie hätte er geglaubt, daß gebildete Kreise so das Gastrecht mißbrauchen würden. Unter jold verkehrten Verhältnissen könne man nicht weiter arbeiten. Die Regierungstrife war wirklich vorhanden und nicht erfunden. Wenn die künftigen Wahlen eine andere Mehrheit bringen, so werde das Land bald merken, daß die bisherige Regierungskoalition die beste war, die es überhaupt im parlamentarischen System g'bt. Lieber gehe er in Ehren unter, als daß er auch nur eine Stunde seine Pflicht dem Land gegenüber vernachlässige. (Großer Beifall rechts und in der Mitte).

Staatsrat Rau erläuterte die Haltung der württ. Regierung zu den einzelnen Handelsverträgen und wies den Vorwurf zurück, daß die Regierung der Industrie „abgeneigt“ sei. Wie sehr die Landwirtschaft das Schicksal bedürfe, zeige die Preisentwicklung der Agrarprodukte gegenüber den Preisen der Industrie. Der Vorwurf der einseitigen Begünstigung der Landwirtschaft sei ganz unberechtigt. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, er habe gewünscht, daß er bei dem Gewerbesteuergesetz in ein Weisungsschreiben, denn bei keinem andern Gesetz gebe es eine solche Fülle von widerstrebenden Interessen auszugleichen. In den Hauptfragen sei der Regierungsentwurf unverändert geblieben. Bei den Anträgen der Regierungsparteien handle es sich um Nebenpunkte. Er verberge sich daher nichts, wenn er sage, daß diese Anträge für die Staatsfinanzen fragbar seien. Der Minister gab Fälle bekannt, in denen Firmen ihren Direktoren die höchsten Gehälter zahlen, so daß dann ein ganzer geringer verkörperbarer Gewinn oder gar noch ein Defizit herauskommt. Schließlich betonte er noch, daß nach den Anträgen der Regierungsparteien das Gewerbe aus seinem gewerblichen Einkommen von 425 Millionen im Jahr 1925 30 Millionen an Staats- und Gemeindesteuern, also 7 v. H., die Landwirtschaft aber aus 170 Mill. an Grundsteuer 20 Mill., also 11,75 v. H. zahle. Der Abg. Dr. Schott (Ffr.) verlas dann namens des Zentrums, der Bürgerpartei und des Bauernbunds eine Erklärung zu den von diesen Parteien gemeinsam vorgelegten Anträgen, die das Bestreben verfolgen, den Wirtschaftskrisen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsklassen des Volks auf der Grundlage neuerlicher Gerechtigkeit zu erheben. Die Lösung sei erheblich erschwert worden durch das agitatorische Verhalten mehrerer Vertreter der Demokratie, die den Gewerbetreibenden mehr geschadet habe. Die Anträge bilden ein einheitliches Ganze und das Gesetz erfahre nunmehr eine Gestaltung, die auf die wirtschaftliche Lage von Gewerbe, Handel und Industrie soweit Rücksicht nehme, als dies die politische Lage des deutschen Volks überhaupt gestatte. Nach dieser Erklärung wurde die Weiterberatung auf nachmittags vertagt.

sei als papierne Bindungen und wenn die Unterschriften noch so kreditwürdig seien. Die „Tägl. Rundsch.“ schreibt: Die negative Taktik der Deutschnationalen hätte die Bemühungen der deutschen Volkspartei um eine Rettung des Kabinetts Marx ebenso unwirksam gemacht wie das Verhalten des Reichskanzlers und des Zentrums. Die deutsche Volkspartei habe auf diese Weise ihre volle Handlungsfreiheit für die kommenden Verhandlungen wiedergewonnen. Die „Germania“ sagt: Das deutsche Volk verdanke diese Weihnachtstriebe den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen, daraus ergäben sich für das Zentrum, das alles versucht habe, der Welt dieses blamable Schauspiel zu ersparen, bestimmte Richtlinien. Es sei in seinen Beschlüssen völlig frei; nach keiner Seite hin gebunden und könne seine Entschlüsse in aller Unabhängigkeit fassen; Selbstentäußerung und Herlaufen hinter andere könne für das Zentrum selbstredend nicht in Frage kommen. Nach dem Urteil des „Berliner Tagblatts“ haben eine Reihe von Fehlern und Torheiten, beginnend mit der volksparteilichen Rede in Insterburg, vermehrt durch die Resolution der Sozialdemokraten, die große Koalition in dem Moment vereitelt, in dem alle Beteiligten über ihre Notwendigkeit einig gewesen seien. So bleibe nur ein Ausweg, der nicht zum erstenmal in Krisenzeiten versucht würde, die Wiederherstellung derselben Koalition mit anderen Personen und mit dem Ziel, die große Koalition später zu bilden. Der „Tag“ glaubt, die Regierungsbildung werde im ganzen, wenn sie nach Weihnachten offiziell beginne, ein außerordentlich schweres Geschäft werden, bei dem die letzte Lösung, nämlich die Auflösung des Reichstages nicht ganz ausgeschlossen sei, obwohl ihr der Reichspräsident vorläufig widerspreche.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz zum Sturz der Reichsregierung

Berlin, 18. Dez. Die Deutschnationalen hätten es in der Hand gehabt, das Kabinett Marx zu retten und das Reich vor einer Regierungskrise zu bewahren, zu deren Lösung der gegenwärtige Reichstag nicht fähig sein werde. Es sei zu befürchten, daß dieser Klärungsversuch ein Durcheinander heraufbeschwören werde, wie es größer noch nie im Reichstag herrschte. So sehe das Weihnachtsgeschenk aus, das die beiden größten Parteien des Reichstages dem deutschen Volke bieten. Die große Koalition sei durch die unglückliche Rede Scheidemanns für diesen Reichstag endgültig unmöglich geworden. Nicht nur für die bayerische und deutsche Volkspartei, sondern auch für das Zentrum müsse nach dem Verhalten der Sozialdemokratie der Gedanke der großen Koalition erledigt sein.

Erste Pariser Stimme zum Sturz der Reichsregierung

Paris, 18. Dez. Die nationale „Liberte“ schreibt zum Sturz der Reichsregierung: Jedermann wisse, daß in Deutschland eine Rückkehr der Sozialdemokratie zur Macht unbedingt der Wiederaufbau des Reiches erschüttern würde, genau so wie es für Frankreich im Falle der Rückkehr Herriots und Blums der Fall wäre. In hiesigen politischen Kreisen gibt man zu verstehen, daß man den Eindruck habe, die Regierungstrife wäre in gewissem Sinne von Stresemann gewollt. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß kein anderer als Stresemann den Posten eines Außenministers im neuen Kabinett übernehmen werde.

Handel und Volkswirtschaft

Die Großhandelsmehrfach vom 15. Dezember ist gegenüber dem 8. Dezember um 0,5 v. H. auf 130,7 zurückgegangen.

Der Diskont der Bank von Frankreich ist von 7% auf 6% und der Zinssatz für Vorkaufe von 9% auf 8% herabgesetzt worden.

Stuttgart, 16. Dez. Landesproduktionsbörse. Die Lage und die Preise auf dem Getreidemarkt sind unverändert: Anisandweizen (ab Mannheim) 31-32, württ. Weizen 28,25-29,25, Sommergerste 22,50-23,50, Roggen 23-25, Hafer 17,50-18,75, Weizenmehl 43-44, Weizenmehl 34-35, Kleie 11,25-11,50, Weizenheu 6,75-7,75, Kleieheu 7,75-8,75, Drahtgepresstes Stroh 3,50-4 M per 100 Kilo.

Schweinepreise. Biberach: Väter 40-60, Milchschweine 20 bis 27, - Wagnen i. M. 20-27 - Zell M. Kirchheim: Milchschweine 25-31, Väter 50-100 M d. St.

Fruchtpreise. Biberach: Weizen 13,60-14,20, Roggen 11 bis 11,60, Gerste 11,80-12,60, Hafer 8,70-9,20, Sommergerste 11 bis 11,50, - Ehingen: Gerste 12,30-12,50, - Füllendori: Weizen 14,25-14,75, Roggen 11,75-12, Gerste 11,75 bis 12,40, Hafer 9,15-9,65, Weizen 9,50-10,10, - Zillertissen: Weizen alt 15, neu 14,20-14,40, Roggen 11,80-12, Gerste 11,20 bis 12,20, Hafer 9,20-9,60, - Wagnen: M. Gerste 13, Hafer 10,20-11 M je der Ztr.

Laichingen, 17. Dez. Holzverkauf. Bei dem Holzverkauf des Forstamts Reilingen im Alder hier konnte das ansehnliche Holz zum Anschlagpreis abgegeben werden. Brennholz kostete zirka 10 Mk. pro Meter Prügel. Scheiter kamen auf 15 Mk. zu stehen.

Gestorbene:

Derzogswiler: Christine Mayer, Wwe., 73 J. Affstätt: Anna Maria Gutmann, geb. Erbele 52 J.

Weihnachts-Büchertisch.

Auf alle in dieser Spalte angezeigten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. B. Jaffet, Magdalen, Bestellungen entgegen.

Sonnenvogelein und andere Geschichten von G. Model. Mit vier farbigen Bildern von M. Nikolaus. Für 8-12-Jährige; in Halbleinwand geb. nur 2 M. R. Thienemanns Verlag, Stuttgart.

Seht Kindergeheimnisse, aus fröhlichen und ernsten Stunden, in Regen und Sonnenschein; und das Schöne daran ist, daß über all diesen Geschichten Gottes Sonne leuchtet. Eine Model verdient neben Spyrri, Sapper und Wildermuth gestellt zu werden.

Wetter für Sonntag und Montag

Die Wirkung des Hochdrucks im Westen wird durch eine östliche Depression beeinträchtigt. Für Sonntag und Montag ist zeitweise bedecktes und auch zu vereinigtes, Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich des Weihnachts-Anzeigers hiezu die Heftige illustrierte Beilage „Feierstunden“.

Veranstaltungen und Feste

- Samstag abd. 6 Uhr S. V. N. Weihnachtsfeier der Jugendabteilung im „Traubenfaal“.
- Sonntag 1/2 7 Uhr Wohltätigkeitsveranstaltung zu Gunsten der verarmten Kleinrentner usw. in der Seminarturnhalle.
- 7 Uhr Weihnachtsfeier des G. V. F. M. im Vereinshaus.
- Robrdorf 7 Uhr Weihnachtsfeier des Radfahrerverein „Jünnerrün“ im „Döhlen“.
- Effringen 1/2 8 Uhr Weihnachtsfeier des Vereins für Bewegungsspiele im „Tischfaal“.

40 Jahre Körperschaftsbeamter

Heute sind es 40 Jahre, seitdem Herr Stadtpfleger Ludwig Lenz Körperschaftsbeamter der Stadt Magdalen ist. Er wurde am 23. August 1863 in Siegelberg Gemeinbezirk Murrhardt geboren und hat seine Laufbahn auf dem Rathaus in Sulzbach a. Murr begonnen. Herr Stadtpfleger Lenz hat durch seine Arbeitsfreudigkeit, seine Ausdauer und durch eine Lebensweise, die nicht immer auf rosigem Pfaden ging, es bis zu seinem heutigen Posten gebracht, den er unter allseitiger Anerkennung auf das Beste verwaltet. Bevor er heute vor 40 Jahren als Assistent auf das hiesige Stadtschultheißenamt kam, verfaß er Gehilfendienste bei verschiedenen Ortsvorstehern und Verwaltungsaktuarien, war darauf Kassier der hiesigen Bezirkskrankenkasse, Güterbuch- und Pfandbuchschiffsbeamter, verfaß im Nebenamt den Posten eines Verwaltungsaktuars und war Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmittglied der hiesigen Gewerbebank. Doch nicht nur im Berufsleben waren ihm bisher bevorzugte Stellen vergönnt, auch im Vereinsleben wurde er geehrt; so war er lange Jahre Schriftführer, Vizevorstand und Vorstand des Liedertarzes, zugleich war er der Gründer und Vorstand des Bezirksvereins der Gemeindefreier. Wir wünschen Herrn Stadtpfleger Lenz, daß er in bester Gesundheit und alter Kraft sein Amt noch manches Jahr zum Wohle der hiesigen Stadt verwalten möge.

Unsere „Feierstunden“

„Das Land der Sehnsucht“ heißt das Titelbild unseres Bilderblattes. Doch wo ist das Land der Sehnsucht? Wie viele Flecken Erde gibts, nach denen sich die Menschen sehnen? Für den einen ist es der Schwarzwald, für den andern der Rhein, für einen Dritten das flache Ostpreußen, für wieder einen andern die unwirtliche, sandige Mark, das weite Meer, wahrscheinlich für jeden Menschen die Heimat, da wo die Wiege stand, auch wenn es eine feine Wüste wäre. - Jüdische Klagen, aber auch imposante Baulichkeiten blicken uns aus den Bildern vom alten Libed entgegen. „Aus aller Welt“ bringt wiederum das Neueste aus den letzten Geschehnissen und die Skizzen, sowie die Aphorismen „Frohfinn“ sind es wert, daß sie mit besonderem Verständnis uns zur Lehre für das eigene Leben gelesen werden. Die Mischur des Gentlemann auf der letzten Seite der „Feierstunden“ würde wohl mancher von uns gerne mitmachen, auch wenn er nicht in einen Kurort gehen dürfte.

Wohltätigkeitsveranstaltung in der Turnhalle

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Wohltätigkeitsveranstaltung in der Turnhalle am Sonntag Abend schon um 1/2 7 Uhr beginnen wird, nicht erst um 7 Uhr. Ende

vorausichtlich auch nach 8 Uhr. Eintrittskarten sind noch an der Kasse zu haben. Kleinrentner und andere Unterstützungsberechtigte und Bedürftige haben freien Eintritt.

*

Calw, 15. Dez. Der Kirchengemeinderat hat den nachahmenswerten Beschluß gefaßt, die bedürftigen Mitglieder der Kirchengemeinde mit einem Weihnachtsgeschenk zu erfreuen. Die Aufbringung der Mittel fällt zwar schwer, da die Stiftungskapitalien, die hauptsächlich von den Stiftungen zur Unterstützung alter und notleidender Personen bestimmt waren, verloren gegangen sind und infolgedessen keine Zinsen mehr eingehen. Trotzdem erhalten 16 Kriegervitwen je eine Gabe von 10 Mk. und 78 bedürftige Personen je 5-10 Mk. Außerdem erhalten Stifter, die noch leben und nun selbst in Not geraten sind, 4 Prozent Zinsen aus ihrem Stiftungskapital zu ihrer Unterstützung. Die Kirche erhebt also nicht nur die eben dringend notwendigen Kirchensteuern, sondern sie zeigt auch ein warmes Herz für ihre bedürftigen Mitglieder und leistet für diese, was in ihren Kräften steht.

Calw, 17. Dez. Eine Georg Baumann-Stiftung. Die Sporthallefrage, die im Calmer Rathaus schon mehrfach zu Verhandlungen Anlaß gab, hat nunmehr eine überraschend erfolgreiche Lösung gefunden. Wie Stadtschultheiß Göhner in der gestrigen Gemeinderatsversammlung mitteilte, hat Frau Rechtsanwältin Köpfer, verw. Baumann, Stuttgart, zum Andenken an ihren verstorbenen Gatten, Fabrikant Georg Baumann, der Stadtgemeinde Calw eine Stiftung in Höhe von 20 000 M zum Bau einer Sporthalle und zur Gründung eines Fonds für wohltätige Zwecke zugesagt. Die neue Sporthalle wird zum Andenken an den Verstorbenen, der als Sportfreund bekannt war, den Namen Georg Baumann-Halle tragen, sie wird in bedeutend erweitertem Rahmen wie projektiert, auf dem städt. Grundstück zwischen städt. Badeanstalt und dem Sportplatz der Spöhrerischen Höheren Handelsschule erbaut werden.

Neuenbürg, 16. Dez. Besitzwechsel. Das Anwesen des Herrn Dr. Stadler an der Wildbaderstraße ist durch Kauf in den Besitz des Staates übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 35 000 M. Das Haus soll dem Vernehmen nach dazu bestimmt sein, das Bezirksschulamt aufzunehmen.

Letzte Nachrichten

Berliner Pressestimmen zum Sturz der Regierung Marx

Berlin, 18. Dez. Die Morgenblätter nehmen zum Sturz der Regierung ausführlich Stellung, wobei die Abwägungen über die Schuld an der Krise einen breiten Raum einnehmen. „Nach der „D. A. Z.“ ist die Schuld an dem System selbst zu suchen, da eine Mehrheitsbildung mit so unendlichen Schwierigkeiten belastet sei, mit Schwierigkeiten, denen die Führer unseres heutigen Parlamentarismus lieber mit der Methode der wechselnden Mehrheiten zu entgehen trachten. In Händen der Deutschnationalen habe die Möglichkeit gelegen, der Regierung das Leben zu retten. Gerade eine Partei, die gegenüber dem Ideologentum des Parlamentarismus den Realitäten ihr Recht werden lassen wollte, hätte bedenken sollen, daß die Gewalt der Tatsachen stärker

Ämtliche Bekanntmachung. Bieh- und Schweinemarkt.

Am Donnerstag, den 23. Dezember wird in Altensteig ein Bieh- und Schweinemarkt unter folgenden Bedingungen abgehalten:

1. Rindvieh und Schweine aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verbotenen Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Biehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen. Außerdem sind für alle zum Markt gebrachten Tiere Ursprungszeugnisse beizubringen. Tiere, für welche die Zeugnisse fehlen, werden unachtlich zurückgewiesen.
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung, sowie außerhalb des Marktplatzes ist am Markttag jeder Handel verboten.
5. Beginn des Schweinemarktes 8 Uhr vormittags, Beginn des Biehmärktes 8 1/2 Uhr. Nichterhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt zurückgewiesen.

Nagold, den 17. Dezember 1926.
Oberamt:
Dr. Kaunecker, i. A. Amtmann.

Stadtgemeinde Wildberg.
Zu dem am nächsten Dienstag, den 21. Dez. d. J. stattfindenden



**Krämer-,
Bieh- und
Schweine-
Markt**

ergeht Einladung.
Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.
2076 Stadthalteramt.

Holzbeifuhr.
Bergehen wird die sofortige Befuhr von 21 Meter Holz aus Bienenmühle, vord. und hint. Lache, vord. Dachsbau zur Wanderarbeitsstätte. Angebote erbeten.
2074 Oberamtspflege Nagold.

Nagold, den 16. Dez. 1926.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

Gottlob Ziefle
Bürstenmacher

erfahren durften, für die aufopfernde und liebevolle Pflege der Krankenschwestern des Bezirkskrankenhauses, für die trostreichen Worte des Herrn Dekan, für den erbebenden Gesang des Liederkranzes und für die vielen Blumenspenden und so zahlreiche Zeichenbegleitung von hier und auswärts sagen innigen Dank.
Die trauernden Kinder.

Trauerbriefe
fertigt rasch und billig Buchdruckerei Zaiser, Nagold.
Nagold.

Biehverkauf.
Kommenden Montag, von morgens 8 Uhr ab, haben wir wieder in unseren Stallungen in Nagold einen frischen Transport schöne, trüchtige
Kalbinnen,
sowie schöne 1/2-jährige, 3/4-jährige u. 5/6-jährige
Rindler
zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Zuschliebhaber einladen.
2077
Friedrich Kahn & Max Lassap.

Immer
haben Sie Glück bei Ihren Stellenbewerbungen und Erfolg im Leben, wenn Sie ein schönes, sympathisches Lichtbild Ihren Bewerbungen beilegen können.
Kommen Sie darum zum
Photograph Martin Seeger, Nagold

**Praktische
Weihnachtsgeschenke**
Schulranzen
für Knaben u. Mädchen, von 3.75 an
Aktenmappen
echt Leder mit Griff, von 5.40 an
Einkaufsbeutel
von 3.20 an
Rucksäcke
von 2.60 an
Musikmappen und
Berufstaschen
in großer Auswahl bei
L. Grüninger, Lederwaren
Nagold.

**Cigarren
Cigaretten**
Nur erstklassige Marken
in schönen
Weihnachtspackungen
bei
Friedrich Schmid.

Sämtliche
Damen-Winter-Mäntel
Backfisch-Winter-Mäntel
Kinder-Winter-Mäntel
Damen- und Backfisch-Kleider
sind in den Preisen
ganz bedeutend ermäßigt
Firma:
J. Wolfsheimer, Carl Augsburger, Horb.

Reste
Alle in letzter Zeit sich angesammelten Reste aller Art in
**Kleiderstoffen u. Mantelstoffen u. sonstigen
glatten u. bunten Leinen u. Baumwollwaren**
werden billig abgetoßen und auf Wunsch bis Weihnachten
aufbewahrt.
Auf einen Posten Damaste, je 2 Bezüge zusammen von **10.50** an, möchte ich noch besonders hinweisen.
Reinhold Hayer, Altensteig
Gebe ab heute
10% Rabatt auf alle Damen- und Kindermäntel
Besonders billig
im Ausverkauf
moderne Gummimäntel für Herren
in allen Größen
ferner ein Restposten Paletot
weil nur noch in den Größen 46 und 48 vorrätig, aber
la Qualität.

**NIMM
DOCH**
LOBA
FÜR DEN BODEN
LOBA-PARKET, SONNENWACHS
LOBA-BEZE, DIE INKLEBERE
DAS BESTE PARKETTSCHUTZ
S.S.B.
Montagabend
Berfammlung
im Lokal Leig.
Radio-Zunft-Abend

C. V. J. M. Nagold.
Die Weihnachts-Feier
unserer Mitglieder ein-
schließlich Jungfrauen (im
engeren Kreis) findet morg.
Sonntagabend 7 Uhr statt.
Der Abfender, der den
anonymen Brief mit
Seldinhalt am 16. XII.,
vorm. 7-8 Uhr nach
Ehhausen aufgab, wird
gebeten, den Adressaten
unter gleichzeitiger Rück-
erstattung d. Inzeratkosten
näher zu bezeichnen, da 2
gleichlautende Anschriften
am Ort.
2083
Gebrauchtes, sehr gut
erhaltenes
Sofa
hat im Auftrag zu ver-
kaufen
2081
Karl Hölzle,
Sattler- u. Tapeziergesch.
la Bodenöl
p. Liter 50 J
(bei größerer Abnahme
billiger)
2084
empfiehlt
Friedrich Schmid.

la Bodenöl
p. Liter 50 J
(bei größerer Abnahme
billiger)
2084
empfiehlt
Friedrich Schmid.

la Bodenöl
p. Liter 50 J
(bei größerer Abnahme
billiger)
2084
empfiehlt
Friedrich Schmid.

la Bodenöl
p. Liter 50 J
(bei größerer Abnahme
billiger)
2084
empfiehlt
Friedrich Schmid.

**Nochmals:
Vortrag Beihwänger-Schott**
Auf die Äußerungen der demokratischen Partei
in der gestrigen Nummer einzugehen, halten wir für
völlig überflüssig und unangebracht, ist doch die demotr.
Partei nach allgemeiner Uebereinstimmung führender
Männer die Partei, die sich noch niemals hat beleh-
ren lassen und die auch noch niemals etwas gelernt
hat. Alle 5 angeführten Punkte werden durch die
vorzüglichen mit Beispielen ausgeschmückten Ausfüh-
rungen der beiden bürgerparteilichen Repräsentanten
gestraft, enthalten die Erwiderungen doch von An-
fang bis zu Ende Angaben, die die Wahrheit auf
den Kopf stellen.
Nur eines!
2088

Welches war der einzige, dem Finanzans-
schuß vorgelegte Antrag, der eine Milderung der
Gewerbesteuer vorschah? Der bürgerparteiliche
Antrag Hiller-Rank. Was war die Leistung
der Demokratie? Sie machte die Bürgerpflicht
auf und erzählte ihnen Märchen und... schwieg
da, wo sie hätte reden können, nämlich im Finanz-
ausschuß. Sie zerstückte obendrein Einigungs-
bestrebungen zwischen Parteien, durch die man
die beste Lösung der Gewerbesteuerfrage mit Be-
stimmtheit erwarten konnte.
Wer hat nun hier in Nagold den Frieden ge-
stört und eine politische Gestaltung des Abends
bestimmt? Die Demokratie, indem sie einen poli-
tischen Agitator zu einer Versammlung der Bürger-
partei hatte kommen lassen. Das jagt genug. Weitere
Einzelheiten sind für erflüssig. Doch unsere Bestreb-
ungen und Ziele stehen auf gefundem, gutem Boden
und das Gute setzt sich immer durch. Aber wir
freuen uns auch, wenigstens einmal einem demokrati-
schen Redner hier in Nagold durch unsere Be-
sammlung Gelegenheit gegeben zu haben, vor einem vollen
Saale zu sprechen.

**Bayern, merkt auf: Die Demokratie ver-
achtet Euch, denn sie will nichts von „Eueren
Gnaden“, (dem. Abg.) Gewerbetreibende
hört und lernt daraus: Die Demokratie
führt Euch an der Nase herum und tritt
Eure Bestrebungen mit Füßen.**
Bürgerpartei Ortsgruppe Nagold.

Effringen.
Am Sonntag, den 19. Dez. hält der
Verein für Bewegungsspiele
eine
Weihnachts-Feier
verbunden mit theatralisch. Aufführungen
im „Hirschaal“ ab, wozu wir unsere Mit-
glieder, ihre Angehörigen, sowie Freunde und
Gönner freundlich einladen. Beginn 7/8 Uhr.
2078
Der Vorstand.

**Ein neuer Bezugsabschnitt
auf
Zeitschriften und Lieferungswerke
beginnt am 1. Januar.**
In Bestellungen ladet höflich ein
G. W. Zaiser - Buchhdlg. - Nagold
Probenummern bitte zu verlangen.
Abbestellungen können nur bis 20. Dezember
berücksichtigt werden.

**Gurlitts
Kron-Effenz**
seit 130 Jahren
Hausmittel gegen
Leib-, Kopf- und
Glieder Schmerzen.
Fl. 1 Ad. Kronen-
Apotheke Altona.
2073

**Unterhaltungs-
Lesestoff.**
verbittet sich für Spital-
Injassen und obdachlose
Wanderer.
Spitalhausmeister
Schmid-Nagold.
Kalender
bei
G. W. Zaiser.

Am
Mit den
Festertu
Hono
Erjche
Verbreit
Zweitleitung, D
Telegramm-Ad
Nr. 297
Nach Privat
shito, gestorben
vor.
Ein Gerücht,
in Frankfurt a.
storben wird al
In Fiume te
füßlawischen un
Der Str
Das dritte K
daß diese Wende
sei? Das ist sie
Ereignissen, die
tags in den leht
Scheinlichkeit wa
tition, die still
einiger Zeit sich
durch den Eintr
erfahren werde.
aus Zentrum, I
Unterstützung d
Bayerischen Volk
im Sinn einer U
Zentrum und des
stützende Wirkun
mehr und mehr
war die Bayeris
präsident jünger
Sinnorientierung
wäre, wenn die
zweifellos der D
Von entscheide
Bolschewisten, jede
der Regierungse
leicht nicht so seh
stimmte Frage, d
gierungskrisi
Reichswehr
mehrministe
verhandlungen h
gebildet. Die Re
partei, Dr. Sch
ohne daß diese
der Bildung der
Sozialdemokratie
tion bestand ab
Umwidmung der
wehraministers.
ständigung inner
nicht verbaut ge
plötzlich als Vor
lungen den Kü
fordert hätte. I
gewiß löst deff
solchermaßen die
und daß sie die
wollte klare Ver
weiteren Trumpf
trauensantr
den Reichsweh
die ungemein
Reichswehr, die
griff bezeichnet u
schritten.
In dieser a
wurde nun noch
demokratische Mi
Regierung gestür
konnte das Berh
den Antrag stür
hielt. Der Reichs
ein und beschied
Wektary zu fid
schließen, die De
nehmen und die
wollte sich Graf
retten, damit nach
deutungsollen M
namens seiner Fr
nationalen weisen
den Abg. Scheide
politisieren und
machen, mit Entri
den Wehtrauensan
Ereignisse der le
haben, daß ein
Mitte unmöglid
und aus außen- u
Regierung erbeis
Gesamtkabinet
249 gegen 17
Das Kabinett
terium die Reichs
gierung fortführ
handlungen sich b
nächst wird der
fahren der verid